

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35.— Mk., im voraus zahlbar...

Die abgehaltene Kompartiments- oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Unterhaltung. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Unterhaltung...

Fernsprecher Zentrum 152 90—153 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die proletarische Einheitsfront

Eine Riesendemonstration des Berliner Proletariats

Der Funke der internationalen Konferenz in Berlin zündete und entfachte eine mächtige Flamme. Als Resultat ist eine der gewaltigsten Kundgebungen zu Buchen, die Berlin je gesehen hat. Die Politik der Wiener Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, mit der sich die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland vollständig deckt und die dem gleichen Ziele, nämlich der Einigung des Klassenbewußten Proletariats, dient, hat gestern eine glänzende Rechtfertigung erfahren. Zwar hatte die Leitung der rechtssozialistischen Partei durch ein Abseitsgehen die Einheitsfront und die Wucht der Demonstration zu stören versucht und der „Vorwärts“ hatte am Dienstag versichert, daß eine Kundgebung ohne unsere (die rechtssozialistische, Red. der „Freiheit“) Partei nichts sage und nicht einmal etwas Halbes ist, und er hatte am Morgen vor der Demonstration noch gemeint, er hoffe, daß die Veranstalter der Kundgebung in bezug auf die Teilnahme der Arbeiterschaft sich verrechnen werden, aber diese Sabotageversuche der rechtssozialistischen Führer sind an dem gefundenen Sinn der Arbeiter zerschanden geworden. So wenig sich die deutsche Arbeiterschaft am 9. November 1918 an die am Morgen jenes Tages verbreiteten rechtssozialistischen Flugblätter leihen, nur ja keine Revolution zu machen, sondern hübsch ruhig und artig sich zu verhalten, so wenig kümmern sie sich gestern um die durchschügigen Bemühungen der mit Stinnes koalitierten rechtssozialistischen Partei, die gemeinsame Demonstration für den Achtstundentag und für die einheitsfrontliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive zu hintertreiben. Und damit bewiesen die rechtssozialistischen Arbeiter, die in großer Zahl mit ihren Klassengenossen von der USPD und der SPD demonstrierten, einen größeren Weitblick und ein klareres Urteil als die Führer der Sozialdemokratischen Partei. Sie strafen gleichzeitig den „Vorwärts“ Lügen, der am 18. April geschrieben hatte: „Die proletarische Einheitsfront wird schon kommen! Aber sie wird von denen kommen, die am 20. April nicht dabei sein werden.“ Nun ist sie gekommen, von denen die dabei waren, und darunter die rechtssozialistischen Arbeiter aus den Betrieben. Sie sind damit dem Beispiel gefolgt der rechtssozialistischen Arbeiter im Rheinland, die, unbekümmert um die Parole ihrer Berliner Zentralkommission, gemeinsam mit unserer Partei und mit der SPD, zu Kundgebungen am 20. April aufriefen, und sind ferner gefolgt dem Beispiel der weniger verbohnten tschechoslowakischen Partei, die, obwohl ebenfalls zu der 2. Internationale gehörig, gemeinsam mit den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der 3. Internationale das Gleiche getan hat.

Gegenüber dem Aufmarsch des internationalen imperialistischen Kapitalismus den gemeinsamen Willen des internationalen Klassenbewußten Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massendemonstration zum Ausdruck zu bringen. Das war der Ton der Aufforderung, die die internationale Konferenz in Berlin an das Proletariat gerichtet hatte. Und in diesem Sinne wurde gestern von den Zehntausenden Berliner Arbeitern demonstriert. Es war ein vielversprechender, glänzender Anfang, ein verheißungsvolles Zeichen dafür, daß das internationale Proletariat seinem Ziele näher kommt und seine Leidenszeit eine Abkürzung erfährt.

Der Tag des internationalen Proletariats

Schon bald nach 3 Uhr mittags sah man in den Außenvierteln die ersten Züge dem Stadtkern zustreben: Zunächst als kleine oder größere Marschkolonnen auf den Bürgersteigen, bald aber mit Fahnen und Bannern, Abteilungs- oder Gewerkschaftsflaggen am Rand der Dämme. Die einen eilten geradenwegs von der Arbeit mit Kaffeekanne, Rucksack, Werkzeug in Scharen zum Demonstrationsplatz, eine Probe-Mobilisierung des Friedens, die Hauptmasse aber kam in Zügen, nach Werken geschart und stieß nach und nach zu den Genossen am Sammelplatz. Die Jugend war zeitig zur Stelle und stark vertreten, ganze Kadler-Kompanien rückten auf und die Arbeiter-Ordner, auf die das Proletariat stolz sein kann, waren ihrer schweren Aufgabe wie stets — völlig gewachsen.

Bedingt der Herr Polizei-Präsident im großen Umkreis um den Lustgarten die Schupo oder Sipo mit den auf-

reizenden Karabinern über der Schulter aufstellte, das möge seine Güter wissen. Nur um die geliebte „Bannmeile“ (auch Angstmeile genannt) zu schätzen? Nun, „Genosse“ Richter, wenn „im Falle eines Falles“ die geladenen Revolver und die blanken Seitengewehre deiner Sicherheitsmänner nicht genügen, dann könnten die Karabiner den Koffi auch nicht fett machen. Also fort damit von der Straße an solchen Tagen, solange unsere Arbeiter-Ordner auf dem Posten sind!

Der Lustgarten

Welch wunderschönes Bild! Hier das Museum mit seiner klassischen Säulenhalle, gegenüber die Rampe des Alten Schlosses, stimmungsvoll zur Demonstration hergerichtet. In der Nordostecke, gegenüber dem Wasserlauf, die breite Freitreppe des Doms, heute mit roten Bannern geschmückt und mit Tausenden von Menschen, die in freier Gruppierung den Beginn der großen Proletarier-Kundgebung erwarten. Und alles in Wärme und strahlende Sonne getaucht! Hier schallt, eine Viertelstunde vor Beginn der Demonstration, der erste Massengesang, die Internationale, brausend empor in die freie Luft.

Schlag 5 Uhr Marsch-Musik! Pünktlich wie „Bei den Preußen“. Der große Zug rückt an. Banner und Tafeln, soweit das Auge reicht. „Hoch der Achtstundentag!“ — „Heraus mit den politischen Gefangenen!“ — „Gegen das internationale Kapital!“ — „Einheitsfront der Arbeiterklasse!“

„Som Dom her schallt aufgeschulter Männergesang, „Lord Rolfson“, das herrliche Lied. Versall jubelt über den Miesplatz, der so gewaltige Massen seit der Erzberger-Demonstration nicht gesehen hat. Das erste Hoch verklamt, Hansfarenthöhe — die Redner haben das Wort.

Die Reden

Als Rußlands Zar dem König von Preußen die beiden ebernen Hölse vor dem alten Hohenzollern-Palast schenkte, ahnte er nicht, daß sie an solchem Tage dereinst jeden Knaben so behaglichen Sitz bieten und daß zur Rechten wie zur Linken sozialistische und kommunistische Redner ihre Solidarität mit dem russischen Proletariat verkünden würden.

Die große Granitstufe ist noch ungedeckt. Zukünftige Berliner Jungen, die nicht gern fehlen mögen, wo etwas „ich“ ist, sitzen oben und sind — so schwer's ihnen auch fallen mag — mündchenstill, solange Genosse Dr. Rosenfeld redet, der damit beginnt, daß außer den Unabhängigen und den Kommunisten auch Reichs-Sozialistey zu Tausenden zur Stelle sind, obwohl ihre Zeitung abseits steht und nun schon muß, daß es auch ohne sie geht, wie dieser große Tag so herrlich zeigt.

Auf der Museumstreppe — in der Mitte — spricht Genosse Dittmann zu seiner Rechten ist das Banner der Sozialistischen Proletarier-Jugend aufgeschlängt. Links und rechts von ihm unser Genosse Meier und Gesckle von der SPD. Am Denkmal Friedrich Wilhelm III. sprechen Zubeil und Pieck, die übrigen Redner, unsere Genossen Moses, Künzler, Ruth Fischer, Rosenberg und Thiede von der SPD, am Dom und vor dem Schloß.

Punkt 5 1/2 Uhr sind die Ansprachen beendet. Man hört die Internationale als Massen-Chorlied, auf der oberen Treppe von Tausenden barhaupt gelungen, und man hört sie als Marsch-Musik, bei deren Klängen gewaltige Arbeiter-Körper nach dem Norden der Stadt abrücken. Wie stark die Beteiligung des Berliner Proletariats war, ersieht man am besten daraus, daß bei Schluß der eindrucksvollen Demonstration den abmarschierenden Zügen noch immer an der Rückende begegneten, wo die Arbeiter der Anorbrems, der Margarinewerke, die Angestellten und Arbeiter der Konsum-Genossenschaft usw.!

Und wieder einmal war Leben und Bewegung in den proletarischen Massen der Riesstadt. Starr und still hielt Friedrich Wilhelm IV. — hundert Schritt vom Lustpark — hoch zu Kopf. Von dieser Welt begreift er noch weniger als von der um 1848. Die Sonne aber lächelte, bis dieser schöne Tag zur Rüste ging.

Glänzender Erfolg in Kiel

Kiel, 20. April 1922.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Bei herrlichem Wetter fand eine glänzende Kundgebung der USPD und der SPD, bei großer Beteiligung unter freiem Himmel statt. Die Demonstration verlief ernst und würdig ohne jeden Zwischenfall. Die SPD hatte noch im letzten Augenblick durch einen Aufruf aufgefordert, sich nicht daran zu beteiligen. Aber trotzdem formierte sich ein Zug von 5000 Menschen, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte und proletarische Kampflieder sang. Am Hauptbahnhof sprachen Fritz Hansen von der USPD und Erbslich von der SPD.

Zur städtischen Tarifpolitik

Von Ernst Reuter.

Bei der Debatte über die letzte Erhöhung der städtischen Tarife hat der Räumerver bereits angekündigt, daß mit Rücksicht auf die weiter anhaltende Entwertung der Mark, das ländergezielte Steigen der Preise aller Rohmaterialien und die unabweisliche Bewilligung weiterer Lohnerhöhungen für die städtischen Arbeiter sich der Magistrat in Kürze mit neuen Deckungsvorlagen an die Stadtverordnetenversammlung wenden müssen. Es war also damit zu rechnen, daß die Versammlung in Kürze wieder zu neuen Tarifierhöhungen Stellung zu nehmen haben würde, wie es jetzt bereits der Fall ist.

Trotzdem prinzipiell von niemand verlangt wird, daß die städtischen Werke wie in früheren Zeiten Defizite des städtischen Haushaltes decken sollen, so wird zweifellos dieser Versuch immer wieder gemacht. Der Magistrat, besser gesagt die Finanzverwaltung, die bei der finanziellen Katastrophe der Stadt sowie alle Dinge unter städtischem Gesichtspunkt anzusehen geneigt ist, kleidet ihre Deckungsvorlagen, wie alle anderen Finanzvorlagen in eine Form, daß es selbst für den sehr aufmerksamen Leser fast unmöglich ist, ein klares Bild der Finanzlage zu erhalten. Zum Teil mag es heute überhaupt sehr schwer sein, klare Kalkulationen aufzustellen, zum Teil besteht aber offenbar das Bedürfnis, die wichtigsten Postitionen zu verschleiern. Das zum Beispiel gegenüber dem letzten Voranschlag die städtischen Gaswerke durch Betriebsveränderungen usw. große Ersparnisse, man spricht von 80 Millionen, gemacht haben, das erlaubt man nur nebenbei gelegentlich von Auditionsberatern. Der Magistrat liebt es neuerdings, keine einzige Steuer oder Finanzvorlage mit genauen statistischen Unterlagen zu versehen. Wenn er Abzüge wünscht oder frühere Beschlüsse aus Sparmaßregeln nicht durchführen will, gibt er nie an, um welche Summen es sich handelt.

Keine Fraktion, und am wenigsten unsere, die bei der Bewilligung von Tarifierhöhungen immer darauf achten muß, daß diese Tarifierhöhungen im Interesse der werktätigen Bevölkerung nicht über das für die Erhaltung der Werke notwendige Maß hinausgehen, kann es sich gefallen lassen, daß sie einfach zur Bewilligungsmaschine herabgedrückt wird. Die Voranschläge jeder Bewilligung muß für unsere Fraktion eine klare und nicht verschleierte Einsicht in die wirkliche Finanzlage der Werke und Betriebe sein. Und nicht minder das Vertrauen, daß in der Organisation der städtischen Betriebe in jeder Beziehung alles geschieht ist, um sie in ihrem Aufbau und in ihrer Verwaltung in modernster und modernster Form auszubauen. So sehr wir für die unbedingte Verfügungsgewalt der Gesamtheit über die Gemeindebetriebe eintreten und sie gegen alle Angriffe bis zum äußersten zu verteidigen haben, so klar müssen wir erkennen, daß diese Verfügungsgewalt nicht aufrechterhalten bleiben kann, wenn der schwerfällige bürokratische Gang der Verwaltungsmaschinerie die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit dieser großen Betriebe hindert. Städtische Betriebe sind schon sowieso dadurch im Nachteil gegenüber andern großen wirtschaftlichen Unternehmungen der Privatindustrie, daß sie mit der offenen und versteckten Feindschaft des verflochten und verschwägerten Finanz- und Industriekapitals zu rechnen haben. Je mehr sie beim Rohstoffbezug wirtschaftlich abhängig sind, da der Kommunalisierung im vertikalen Aufbau viel zu enge Grenzen gezogen sind, um so mehr sind sie darauf angewiesen, daß sie für eine bewegliche Leitung organisiert sind, die verantwortlich unter Kontrolle handeln kann, aber die wenigstens handeln kann und nicht in notwendigen Entscheidungen durch einen langen Instanzenweg gebunden ist. Dazu gehört die bewusste und absichtliche Heranziehung der Arbeiterschaft zur wirtschaftlichen Ausgestaltung der Werke, die Beachtung der Vorschläge, die die Arbeiter selber aus ihrer Betriebserfahrung heraus machen.

Daß die Übertragung der Leitung der städtischen Werke in die Hände, denen die Leitung nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung übertragen werden sollte, bis heute aus unzweifelhaft unsichlichen Motiven sabotiert wird, ist ein öffentliches Geheimnis. Unsere Fraktion muß daher bei weiteren Beratungen über neue Erhöhungen die Bedingung stellen, daß die damit zusammenhängenden Fragen reiflich geklärt werden. Auf die Dauer wird niemand verlangen können, daß wir den Oberbürgermeister Wöh oder den Herrn Oberlehrer Benedek als Hochrate für die Leitung der städtischen Werke ansehen sollen.

Ferner hat unsere Fraktion bei der letzten Beratung durch ihren Redner, Genossen Weol, eine Reihe von Anregungen gemacht, die dann auch dem Magistrat zur Beachtung überwiesen sind und deren Durchsetzung in Beschlusform bei der nächsten Vorlage unbedingt erreicht werden muß. Es muß der Versuch gemacht werden, die ungeheure Belastung, die für die werktätige Bevölkerung durch die ständigen Tarifierhöhungen entstehen, so zu aliebern, daß wenigstens die minderbemittelte Bevölkerung weniger belastet wird. Dazu

gehören die Anrechnung auf Ausgabe von besonderen Erleichterungen für die Hin- und Rückfahrt von und zur Arbeitsstelle, auf die Schaffung eines billigeren Sonntagsverkehrs, auf Ermäßigungen für die Jugend usw. Ebenso wird bei den Gaspreisen zu prüfen sein, wie weit Arbeitslose, Kurzarbeiter, für Sozialrentner und andere Schichten Erleichterungen in direkter oder indirekter Form eintreten können. Es muß die Ausgabe unserer Kraft sein, alles zu tun, um die ärmeren Schichten zu entlasten und die bemittelten zu treffen. Das Unmögliche möglich zu machen, ist freilich auch uns nicht gegeben. Wir können nicht, wenn alle Preise steigen, jede Tarifierhöhung ablehnen. Wir müssen alle unsere Kraft anstrengen, um die Lasten so niedrig wie möglich zu halten, um den Kerkern der Armen zu helfen, so weit es in unserer Macht steht. Auch das wird sich lohnen.

Ueber die neueste Tarifvorlage des Magistrats in einem besonderen Artikel.

Beilegung des Konflikts in Genua

Seit einer Reihe von Tagen wälzte sich durch die gesamte Presse eine ungeheure Flut von Meldungen, zum Teil der widersprechendsten Art, über die Krise in Genua. Jetzt stellt sich heraus, daß von all diesen Meldungen nicht viel mehr zutrifft, als die Tatsache, daß eine Krise bestand. Kombinationen über erhobene Verhandlungen einzelner Konferenzteilnehmer bildeten den überwiegenden Teil des übrigen. Wir haben von vornherein davon abgesehen, unsere Leser mit all dem zu beschäftigen.

Der plötzliche Abschluß des Vertrages zwischen Deutschland und Rußland hat, da er den Ententevertretern sehr wider den Strich ging, zu einer Reihe von Auseinandersetzungen geführt, nicht zuletzt auch zwischen den Führern der verschiedenen Delegationen. Noch in den gestrigen Abendstunden krenzten sich die Meldungen, daß Lloyd George die deutsche Delegation vor die Wahl gestellt habe, sich entweder mit den Russen über die Zurückziehung des Vertrages zu verständigen oder auf die weitere Teilnahme an den politischen Verhandlungen zu verzichten, daß aber Rathenau lebhaft erregt erklärt habe, die Deutschen seien durch das einmal gegebene Versprechen gebunden und könnten ohne die Zustimmung der Russen nicht einmal vorübergehend auf den Vertrag verzichten. Ferner, Rathenau habe in einer langen Besprechung mit dem italienischen Delegierten Benotto erklärt, die russischen Delegierten zeigten sich unnachgiebig. Unmittelbar darauf aber wurde von G. P. berichtet, Lloyd George habe in längeren Ausführungen den Pressevertretern aller Länder in Gegenwart vieler Mitglieder der verschiedenen Delegationen dargelegt, die Konferenz halte an und verspreche einen erfolgreichen Ausgang zu nehmen. Und es klingt fast wie Jörn über die Art der Berichterstattung, wenn er die Frage in die Verammlung wirft:

„Wissen die Pressevertreter an der Konferenz mehr als ich, wenn ich ihnen Mitteilungen machen will? Haben sich dieser Tage Schwierigkeiten ergeben, welche die Konferenz von Genua in Verlegenheit bringen könnten? Die der Konferenz folgende öffentliche Meinung ist in zwei Parteien geteilt, die eine wünscht den Erfolg, die andere den Misserfolg. Für die letzteren, die Konferenzgegner, habe ich keine erfreulichen Mitteilungen. Sie werden von meinen Erklärungen enttäuscht sein, unsere Arbeiten gedeihen und sind von Erfolg gekrönt. Der deutsch-russische Zwischenfall ist überwunden und kann schon als beigelegt betrachtet werden. Wir werden auf der Konferenz nicht weiter davon sprechen. Er wird der Fortsetzung der Konferenz nicht hinderlich sein. Ferner bestehen Schwierigkeiten mit der Sowjetregierung nicht. Im Laufe des Tages erwarten wir die Antwort und hoffen, daß sie eine gedeihliche Fortsetzung der Arbeiten ermöglicht. Ich wäre sehr überrascht, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz durch diese erschwert würden. Ich bin sehr überzeugt, daß diese Konferenz zum Wiederaufbau der durch vergangene Konflikte verwickelten Länder führen wird. Ich habe mehr als je Vertrauen in den Erfolg der Konferenz. Im übrigen ziehe ich es vor, etwaige Fragen der Pressevertreter zu beantworten.“

Die Pressevertreter waren sehr verärgert. Die Konferenz geht weiter. Das war voranzusehen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß sich nicht weitere Schwierigkeiten ergeben. Die Konferenz selbst ist eine Folge des kapitalistischen Widerstreits, der auch die Ursache des Arges war. Dieser Widerstreit läßt sich durch Konferenzen nicht beseitigen.

Die Antwort der deutschen Delegation

(Sonderbericht des „Intel“.)

Genua, 20. April.

Der Festsetzung der deutschen Antwort auf die Note der Ententemächte sind nicht nur fortwährende Verhandlungen Dr. Rathenaus mit Lloyd George einerseits und Tschitscherins andererseits vorausgegangen, sondern auch Meinungskämpfe innerhalb der deutschen Delegation selbst. Es machte sich zweifellos innerhalb der deutschen Delegation die Neigung bemerkbar, von dem Vertrag zurückzutreten. Indessen hielt man ein solches Zurückweichen nicht ohne die Zustimmung der Russen möglich. Die Entscheidung, freiwillig aus der politischen Kommission auszutreten, hielt die deutsche Delegation schließlich für die beste Lösung. Man glaubt, hierdurch nicht nur die Fortdauer der Konferenz ermöglicht, sondern auch die Ententemächte moralisch ins Unrecht setzen zu können. Es würde sich bald herausstellen, daß die ganze Aufregung über den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages völlig unberechtigt war und daß der Vertrag selber sich für den Fortgang der Verhandlungen als förderlich erweisen wird.

Eröffnung des Kongresses der Gewerkschaftsinternationale

(IWB.) Rom, 20. April.

Heute wurde hier der Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eröffnet, an dem 200 Delegierte teilnehmen, die 20 Länder vertreten. Aragona hielt namens des italienischen Gewerkschaftsbundes die Begrüßungsansprache. Jimmen (Niederlande) sprach über die Abrüstung und den Krieg gegen den Krieg.

Keine deutschen Stoßtruppen nach dem Ruhrrevier

W.F. Berlin, 20. April. (Amilich.)

Pariser Blätter stellen die Behauptung auf, die deutsche Regierung habe etwa 12 000 Mann Stoßtruppen nach dem Ruhrgebiet abgehen lassen und in Oberschlesien kündigt sie an, daß sie bereit sei zum Widerstand. Diese Nachricht ist in allen Teilen erkunden. Irgendeine Verschlebung von Teilen der Reichswehr oder von Polizeikräften hat nicht stattgefunden, ebenso unverständlich und aus der Luft gegriffen ist die Behauptung von einem beabsichtigten Widerstand in Oberschlesien.

Riesen-Rundgebung des Wiener Proletariats

W.F. Wien, 20. April.

Entsprechend dem aus der Berliner Konferenz der drei sozialistischen Internationalen gefassten Beschluß fand heute nachmittags eine Massenrundgebung der Arbeiter sowohl der sozialdemokratischen als auch der kommunistischen Richtung statt. An dem Vorbeimarsch vor ihren Führern, die am Parlament Ausstellung genommen hatten, beteiligten sich mehrere hunderttausend Arbeiter.

Entsetzliche Explosion von Kriegsmaterial

London, 20. April.

Nach einer Kentermeldung aus Athen ereignete sich in Monastir eine furchtbare Explosion von Kriegsmaterial. Mehrere Gebäude wurden zerstört, Hunderte von Kindern und Soldaten unter den Trümmern begraben.

U. S. P. D.

Massen heraus!

300 Prozent Mietszuschlag Wohnungswucher – Mietssteuer und Reichsmietengesetz

Mit diesem Thema werden sich folgende

Öffentliche Versammlungen

beschäftigen:

Dienstag, den 25. April, abends 7 Uhr, Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 4.

Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr, Germania-Festhalle, Chausseestraße 110.

Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, Prachtfälle des Ostens, Frankfurter Allee 48.

Referent: Reichstagsabgeordneter Bernhard Ruhn.
Freie Aussprache.

Zur Deckung der Unkosten 1 Mk. Eintritt.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Ein agrarischer Vorschlag zur Brotversorgung

Die Agrarier rennen gegen den Fortbestand der Getreideumlage an. In der „Arenzeitung“, Nummer 153, werden an Stelle der Umlage folgende Vorschläge zur Brotversorgung gemacht:

„Regt man den von der Regierung bisher als notwendig erklärten Jahresbedarf an Inlandsgetreide in Höhe von 25 Millionen Tonnen zugrunde, so würde ein Vorratbestand von rund 700 000 Tonnen aus neuer Ernte des Inlands für die Zeit bis Ende 1922 als ausreichender Sicherungsfaktor angesehen werden können. Das mindestens eine solche Vorratbestände im Inlande durch die geeigneten Stellen im freien Handel ohne Schwierigkeiten beschafft werden kann, steht außer Zweifel. Unberührt hierdurch bleiben die mannigfachen Möglichkeiten des Aufbaus von Auslandsgetreide. Die rechtzeitige Vereinfachung jener Vorratbestände aus neuer Inlandernte ist zu erreichen bei Zahlung des jeweiligen Marktpreises und durch die Verbilligung eines Preisausgleichs durch die auslaufende Stelle auf Grund des Durchschnittspreises, der sich nach der tatsächlichen Preisentwicklung für die Zeit bis zum 31. Dezember 1922 nachträglich feststellen läßt.“

„Und dann die Brotpreisfrage. Auch hier hat die Landwirtschaft den ebenso klaren als gangbaren Weg gewiesen mit dem Vorschlag, die nachweisbar Leistungsfähigen durch eine besondere „Brotzuschlagsteuer“ nachweisbar Darbenden helfen zu lassen. Daß dieser Gedanke bei der sozialistisch beeinflussten und sich hoher Löhne erfreuenden Arbeitnehmerschaft keinen Anklang findet, liegt auf der Hand.“

Das Getreide soll also im freien Handel zum jeweiligen Marktpreis beschafft werden. Steigen die Preise, so soll den Agrariern ein „Preisausgleich“ bewilligt werden. Den Notleidenden soll das Brot mit Hilfe der Brotzuschlagsteuer verbilligt werden. Diese Steuer soll natürlich vor allem die Arbeiter ausrichten, weil die sich „hoher Löhne“ erfreuen. Die Agrarier gehören natürlich nicht zu den nachweisbar Leistungsfähigen, sondern zu den Notleidenden. Die arbeitende Bevölkerung zahlt also die üblichen Marktpreise, die Produzenten und Großhändler diktiert, und obendrein bringt sie noch die Brotzuschlagsteuer auf. So sehen die volksbeglückenden Pläne der Agrarier aus. Und da sage einer noch, sie hätten kein Herz für die Arbeiterschaft.

Kommunistisches Gewäsch

Die „Rote Fahne“ hat den Geschmack, aus der Pfemferischen „Aktion“ einen Subartikel „Die Großverdiener in der U.S.P.“ zum Teil nachzudrucken, der eine blöde Schimpferei auf die Genossen Hilferding und Berg und besonders auf den jetzt zur SPD übergetretenen Stadtrat Schünning, des weiteren auch auf unieren Genossen Schlichting und Radtke in ihrer Eigenschaft als Stadträte darstellt. Am Schluß werden weitere Subdeleten ähnlichen Kalibers angekündigt. Die „Rote Fahne“ macht sich die Pfemfererei zu eigen und fordert die Beseitigung der Genossen Schlichting und Radtke von ihren Ämtern. Gründe dafür bringt das Blatt ebenfalls bei als die „Aktion“. Deshalb braucht man zu solchen Albernheiten auch kein Wort der Kritik zu sagen. Wenn die „Rote Fahne“ behauptet, „linke U.S.P.-Genossen“ seien die Verfasser der Subdelet, so ist das natürlich aus den Fingern geflogen, ebenso wie die Behauptung des Blattes, daß ihm früher schon aus denselben Kreisen „ähnliche Anklagen“ zugegangen seien. Mit solchem Gewäsch schadet das kommunistische Blatt lediglich seinem eigenen Ansehen.

Widerwärtige Kampfmethoden

Wenn immer ein unabhängiger Sozialdemokrat zu einem Amt gewählt wird, gefallen sich die reaktionären und scharfmacherischen Kreise in nichtswürdigen Verdächtigungen, niedrigen Anwürfen und gewissenlosen Verleumdungen des Gewählten. Diese Methoden haben wir kennen gelernt im Falle unseres zum kommissarischen Landrat in Sangerhausen bestellten Genossen K a s p a r e l, wir fanden sie bei der Bildung des sozialistischen Kabinetts in Sachsen und Thüringen, und sie begegnen uns auch jetzt wieder bei der Wahl unseres Genossen Reichstagsabgeordneten Sauerbrey-Barmen zum Bürgermeister der rheinischen Stadt Ohligs. Am 19. Januar d. J. erfolgte die Wahl Sauerbrey; schon vor dieser Wahl und besonders aber nachher setzte ein hinterhältiger Verleumdungskampagne der Stinnespresse gegen den ihr verhassten Gegner ein. Konnten es doch Blätter vom Schlage der „Vergisch-Märkischen-Zeitung“, des von dem Aldeutschen Baumeister in Elberfeld herausgegebenen üblen Organs, dem Genossen Sauerbrey nicht verzeihen, daß er sich sowohl während der ersten Revolutionstage als auch während des Rapp-Putsch an die Spitze der Arbeiterschaft gestellt und einen schneidigen und erfolgreichen Kampf gegen die Reaktion und das aldeutsche Gesindel geführt hat. Deshalb verdächtigen sie ihn jetzt und dichten ihm alle erdenklichen Verbrechen an, wie Mord und Plünderung, Freiheitsverraubung und Kirchhofschändung, Beamtenbeleidigung und Raubzucht. Um diesen haltlosen Anschuldigungen ein gewisses Relief zu verleihen, werden „elbeshattliche Versicherungen“ veröffentlicht, die moralisch verkommene Menschen benutzen, wie sie sich die Aldeutschen und Stinnesleute stets zu Laufen verstanden haben. Aber was macht! Wenn nur die Verstätigung des zum Bürgermeister gewählten Genossen Sauerbrey verhindert wird. Bis her haben die Verleumder tatsächlich zu Wege gebracht, daß die Verstätigung durch den preussischen Minister des Innern noch nicht erfolgt ist. Will Herr Severing damit die Verleumdungskampagne gegen Genossen Sauerbrey unterstützen?

Reichsgelder für die Koalitions-Partei

Genosse Ludwig-Berlin schreibt uns: Geradezu erstaunt bin ich über eine von der Zentrale für Heimadienten an die „Rote Fahne“ gerichtete Berichtigung folgenden Inhalts: „Die Reichszentrale für Heimadienten hat weder 5 Millionen Mark noch überhaupt einen Betrag für irgendeine Parteigruppe gelegentlich der Reichstagswahlen oder sonst ausgeben.“

Vom Hauptamtlich des Reichstages war im vergangenen Jahre eine Untersuchungskommission zur Nachprüfung der Geschäfte der Zentrale für den Heimadienten eingesetzt worden.

Der Sitzung dieser Kommission wohnte ich als Mitglied des Reichstages als Zuhörer bei und habe von den Ergebnissen folgendes notiert:

Einnahme vom Reich: 1918/19 = 11 Mill. Mark.

1919/20 = 15,5 Mill. Mark.

Bis zur Tagung des Ausschusses = 4,7 Mill. Mark.

zusammen = 31,2 Mill. Mark.

(bis zum 31. März 1921), zu dieser Summe treten noch 3 Millionen Mark vom Entwaffnungskommissar.

Für die Reichstagswahlen 1920 hat die Zentrale für Heimadienten 3 Millionen verausacht.

Von dem Inhalt der Berichtigung ist vielleicht richtig, daß nicht irgendeine Parteigruppe einen Teil des Geldes erhalten hat. Nichtig ist aber, daß 3 Millionen zur Unterstützung der damaligen drei Regierungsparteien ausgeben worden sind, das waren die rechtssozialistischen, das Zentrum und die Demokraten.

Also nicht „eine Parteigruppe“, sondern im Interesse von 3 Parteien sind Millionen Staatsgelder auszugeben worden. Das Leugnen hilft nichts. Die Koalitionsparteien haben zum Wahlkampf Reichsmittel verwendet. Das ist wieder ein Beweis, in welchem Sumpf die rechtssozialistische Partei steht.

Die Lebenskosten in England

(E.P.) London, 20. April.

Nach der offiziellen Statistik ist die Indexziffer für die allgemeinen Lebenshaltungskosten gegenwärtig 182 gegenüber 233 im April 1921 und 100 im Jahre 1914.

Wiedereröffnung der Messe in Nishnij-Nowgorod

(D. C.) Moskau, 19. April.

Der Arbeits- und Verteidigungsrat hat einen Sonderausschuß gebildet, welchem die Vorbereitung der Messe in Nishnij-Nowgorod obliegt, die möglichst noch im Laufe d. J. wiedereröffnet werden soll. Zur Messe soll in weitem Maße nicht nur der staatliche und genossenschaftliche, sondern auch der private Handel zugelassen werden. Wenn auch die Nishnij-Nowgoroder Messe nicht sobald ihre frühere Bedeutung wiedererlangen kann, so soll sie doch den russischen Innenhandel und den unmittelbaren Warenverkehr mit dem bäuerlichen Verbraucher beleben.

Amnestie in der Ukraine. Das Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion hat für die an den Operationen gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten Beteiligten eine Amnestie, Tschitschik, Wrangel, Skoropadski, Petljura, Saminow, Antepow u. a. sind von dieser Amnestie ausgeschlossen.

Ein Sieg der Erwachenden Ungarn über die Regierung

Das Vorgehen des Innenministers Liebelberg gegen die Erwachenden Ungarn wegen des Bombenattentates im Liberalen Club hat mit einem völligen Mißerfolg der Regierung geendet. Im Verlauf der Untersuchung war es der Polizei gelungen, die Fäden des Komplotts völlig aufzudecken und die Schuldigen festzustellen. Ihre Namen sind: Oberleutnant Bibo, Oberleutnant Sosevitz, Oberleutnant Attila Rumboldt, und Leutnant Sofasik. Letzterer auch einer der Mörder des sozialdemokratischen Redakteurs Szomegyi. Als Anführer kamen die beiden Führer der Erwachenden Ungarn Daniel und Turcsanyi in Betracht, die auch verhaftet wurden. In diesem Stadium der Untersuchung setzte ein Gegenvorstoß der Erwachenden Ungarn ein, die durch ihre Beziehungen zum Reichsverweser die Einstellung der Untersuchungen erzwingen. Obwohl Liebelberg mit seinem Rücktritt drohte, falls die Untersuchung nicht fortgesetzt werde, wurde ihm doch die Erlaubnis zur Vornahme weiterer Verhaftungen nicht erteilt und es mußten sogar die beiden bereits verhafteten Führer der Erwachenden Ungarn freigelassen werden. Die Erwachenden Ungarn haben damit erneut einen Erfolg aufzuweisen.

Seize gegen Polen

Die Seize gegen Polen in der gesamten deutschen bürgerlichen Presse nimmt kein Ende, auch nachdem in Genf endlich eine Einigung in dem durch die Teilung Oberschlesiens entstandenen Differenzen zustande gekommen und damit die Möglichkeit geschaffen ist, den notwendigen Handelsvertrag mit Polen zu schließen.

Auch das „demokratische“ „Berliner Tageblatt“ darf selbstverständlich in dem Reigen der Hezer nicht fehlen. In einem langen Bericht aus Kleinwig kündigt es einen neuen Polenaufstand an, der von der französischen Besatzung unterstützt werden soll. Diese Unterstützung soll darin bestehen, daß die Besatzungstruppen den Deutschen die Waffen wegnehmen. Das „Tageblatt“ kommt gar nicht darauf, daß vielleicht auch die deutschen Orgehschritter einen Putz in Szene setzen könnten. Den Polen sollen angeblich ihre gewaltigen Waffen- und Munitionsvorräte unangetafelt gelassen werden. Beweise für diese Behauptung werden jedoch nicht erbracht. Die Angaben, die das Blatt gegen gewisse französische Offiziere macht, stammen aus der Zeit vor dem letzten polnischen Aufstand, können also keinen Wert mehr beanspruchen. Anstatt sein Bedauern über die schreckliche Katastrophe von Kleinwig zu äußern, bezeichnet es das „Tageblatt“ als eine Rücksichtslosigkeit der französischen Behörden, die Waffensuche, die zu dem Unglück führte, gerade am Palmsonntag vorgenommen zu haben. Hierdurch seien die religiösen Gefühle der frommen Bevölkerung verletzt worden, bei der sehr vielfach der Glaube herrsche, daß die Explosion nichts anderes sei, als eine Strafe Gottes wegen der Entweihung des Friedhofes.

Daß die Waffen auf dem Friedhofe versteckt wurden, war also wohl keine Entweihung. Aber ganz von diesem kindischen Gewäsch abgesehen — diese Sezartikeln sind eine außenpolitische Dummheit ersten Ranges. Deutschland und Polen sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen und besonders nach dem Abschluß des Handelsvertrages mit Rußland sind Vereinbarungen mit Polen über den Transitverkehr eine unumgängliche Notwendigkeit. Nachdem in Genf der Weg dazu freigelegt ist, darf keine Zeit mehr verloren werden, zu diesem Abkommen zu gelangen. Darüber die Dummheit aufzuklären, wäre verdienstvoller, als unbewiesene Geschichten zu verbreiten.

Niedergang der Sowjetpresse

Berichten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands zufolge ist die Zahl der Tageszeitungen im gesamten Sowjetrußland infolge der Umstellung des Zeitungswesens auf kaufmännische Betriebsführung und wegen Kürzung der staatlichen Zuschüsse auf 382 zurückgegangen gegenüber 863 im Vorjahre. Die Gesamtauflage aller Zeitungen ist infolge der Einführung der Entgeltlichkeit auf 1.500.000 Exemplare zurückgegangen, während früher die Moskauer Zeitungen allein eine Auflage von über 1 Million aufwiesen. Die Provinzpresse zeigt einen trostlosen Tiefstand. Es sind bereits viele Fälle festgestellt, wo die neuen Unternehmern die Presse in ihrem Interesse zu beeinflussen verstanden haben. Wie bekannt, gibt es in Sowjetrußland nach wie vor nur amtliche Zeitungen, die sämtlich von Kommunisten unter Kontrolle der kommunistischen Parteiorgane redigiert werden. Die Moskauer „Iswestija“ klagen immer wieder über die schwere Wirtschaftslage der Sowjetpresse. Das Blatt hat den monatlichen Bezugspreis für den Mai auf 800.000 Rubel gegen 375.000 im April und 40.000 Rubel im Januar erhöht.

Das Berliner sowjetfreundliche Organ „Rote Arbeiterstimme“ („Am Vorabend“) ist als einziges nichtkommunistisches Blatt zum Vertrieb in Rußland zugelassen worden. Die Einzelnummer kostet 30.000 Rubel.

Kein Verzicht auf die Todesstrafe für russische Sozialisten

Der Volkskommissar für Justizwesen Kurcki, erklärte, die von der Russischen Kommunistischen Partei auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen übernommene Verpflichtung, den vor Verzicht gestellten Sozialrevolutionären gegenüber auf die Todesstrafe zu verzichten, sei für das Moskauer Gericht nicht bindend. Falls das Gericht auf Todesstrafe erkennen sollte, könnte nur eine etwaige Begnadigung durch das Russische Zentralkomitee in Betracht kommen. Das Berliner Uebereinkommen sei überhaupt nur in dem Falle gültig, wenn die Gegner der Sowjetregierung auf den bewaffneten Kampf und den Terror gegen die Sowjetregierung verzichten. Auch die Amnestie von 1919 bezog sich nur auf diesen Teil der Sozialrevolutionäre, nicht aber auf die ganze Partei und nicht auf das Zentralkomitee derselben.

Nachdem bereits Lenin sich in ähnlichem Sinne geäußert hat, klingt die vorstehende Meldung durchaus wahrscheinlich. Die Äußerungen der Moskauer Machthaber, die sich um die in Berlin getroffenen Ver-

einbarungen nicht kümmern, stellen einen Verstoß gegen Treu und Glauben dar, der die Herstellung der noch auch von den Kommunisten geforderten Einheitsfront völlig in Frage stellen muß. Darüber kann auch die Möglichkeit einer monarchischen Gestalt, der in Aussicht gestellten Begnadigung, nicht hinwegtäuschen.

In demselben Augenblick, wo das deutsche revolutionäre Proletariat für die Integrität der russischen Revolution demonstriert hat, muß es geradezu als ein Hohn und eine Herausforderung wirken, wenn man in Moskau von den Sozialisten einen Verzicht „auf den bewaffneten Kampf und den Terror gegen die Sowjetregierung“ fordert. Die Amnestie soll sich nicht auf alle Sozialrevolutionäre beziehen, besonders nicht auf diejenigen, die in den Kerker des Zarenismus schmachten. Die Bolschewiki sind wie die Nürnberger: sie amnestieren keinen, den sie haben. Aber das sind nicht die Methoden, die zur Einheitsfront führen.

Unerhörter Uebergriff der polnischen Polizei

Die Kommunistin Ruth Fischer, die von der Domtreppe zu den Demonstranten gesprochen hatte, wurde unmittelbar nach Beendigung ihrer Rede in der Dirksenstraße von sechs Beamten der polnischen Polizei umringt und verhaftet. Sie wurde trotz ihres Protestes zum Polizeipräsidium gebracht, wo sich herausstellte, daß ein Grund zur Verhaftung nicht vorlag. Sie wurde abkondamniert und der Haft entlassen. So geschah unter einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten nach einer Demonstration für die Einheitsfront des Proletariats.

Die Deutschnationalen gegen die Landarbeiterstreiks

Den deutschen Agrariern ist das Streikrecht der Landarbeiter verhaßt. Sie selber drohen ständig mit dem Streik, ihren Arbeitern wollen sie aber das Streikrecht nicht zugestehen. Da mehrere Landarbeiterstreiks ausgebrochen sind, soll die Technische Nothilfe die Streikbrecherarbeiten leisten. Die Deutschnationalen fragen die Reichsregierung, ob sie im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung bereit sei, a) die landwirtschaftlichen Betriebe durchweg als lebenswichtig zu erklären; b) die Bestellerarbeiten als unaufschiebbare Nothandarbeiten anzuerkennen; c) die Technische Nothilfe bei Ausbruch eines Landarbeiterstreiks sofort einzusetzen; d) den Schutzbereich der Arbeitswilligen durch Schutzpolizei oder Militär ausüben zu lassen?

Die Landarbeiterstreiks sollen also auf diese Weise unmöglich gemacht werden. Es wird versichert, die Streiks seien ausgebrochen „trotz des weitgehenden Entgegenkommens der Arbeitgeber“. Das ist Heuchelei schlimmster Art. Aus welchen Gründen die Landarbeiter streiken müssen, geht aus einer Zuschrift des christlich-nationalen Zentralverbandes der Landarbeiter an das Blatt „Der Deutsche“ hervor, in der es heißt:

„Im Kreise Dr. Arone sind am 18. April die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter in den Streik getreten. Dort hatte der pommerische Landbund am 15. März mit seiner Arbeitnehmergruppe, die nur etwa 200 Mitglieder zählt, einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die beiden Landarbeiter-Gewerkschaften waren trotz ihrer etwa 20-jährigen Mitgliederzahl nicht zu den Tarifverhandlungen eingeladen und sollten nun den Landbundtarifvertrag unbeschrieben anerkennen. Das lehnten sie ab und schlossen nun ihrerseits am 1. April mit dem christlichen Bauernverein der Grenzmark einen für die Arbeiter günstigeren Tarifvertrag ab.“

Die Bemühungen sowohl der Regierung in Schneidemühl als auch des Landratsamtes Dr. Arone, einen einheitlichen Tarifvertrag für den Kreis herbeizuführen, scheiterten daran, daß der Landbund an seinem Vertrag festhielt und außerdem die Zurückziehung des sozialdemokratischen Gausleiters aus dem Kreise für die Dauer eines gegen ihn schwebenden Strafverfahrens wegen Urkundenfälschung (die er im Zusammenhang mit dem vorläufigen Tarifvertragsabschluß begangen haben soll) forderte. Die Zeitung des Zentralverbandes der Landarbeiter hat alle möglichen Anstrengungen gemacht, um zu einer friedlichen Regelung zu kommen.“

Oder sehen wir, wer der Schuldige ist, wer in Wirklichkeit die Ernährung der städtischen Bevölkerung gefährdet. Es sind die Agrarier, die ihren gelben Verband hochbringen und die Landarbeiter auf die Knie zwingen wollen. Und zu diesem Zwecke soll die Technische Nothilfe eingesetzt werden. Das Vorgehen der deutschen Agrarier ist eine schwere öffentliche Gefahr. Sie ruinieren vollständig die Ernährungswirtschaft. Wie lange wird sich die arbeitende Bevölkerung Deutschlands das gefallen lassen?

Vor neuen Verhandlungen über Erhöhung der Beamtengehälter

Im Reichsfinanzministerium haben eine bürgerliche Korrespondenz meldet am Donnerstag vormittag Besprechungen der einzelnen Besoldungsreferenten über die Frage einer eventuellen neuen Erhöhung der Beamtengehälter begonnen, da infolge des unangenehmen Stieges der Indexkoeffizienten in nicht allzu ferner Zeit die Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsbediensteten mit neuen materiellen Forderungen an die Regierung heranzutreten gedenken. An diese Konferenz wird sich eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder anschließen, die wahrscheinlich in Süddeutschland stattfinden dürfte. Erst auf dieser Konferenz will man einen gewissen Rahmen für die Annehmlichkeiten schaffen, die von der Regierung den Beamten und Staatsarbeitern bewilligt werden können. Es wird sich jedoch auch bei diesen Besprechungen nur darum handeln, in großen Zügen ein Programm festzulegen, das dem Reichsfinanzminister dann bei den Verhandlungen mit den Beamten Spielraum läßt. Die Verhandlungen werden sich in der allerersten Zeit mit den Forderungen beschäftigen, die diesmal der Regierung überreicht werden sollen. Ob eine gemeinsame Aktion der Beamtenverbände möglich sein wird, ist sehr zweifelhaft, da die Auseinandersetzungen in der Reichsaemerkchaft deutscher Eisenbahnbeamten fortdauern und mit der Tatsache gerechnet werden kann, daß der neue Eisenbahnbeamtenbund schon in kurzer Zeit in Tätigkeit treten wird.

Soweit die Mittellunnen der bürgerlichen Korrespondenz. Da die Tenorung gerade in der letzten Zeit sprunghaft gestiegen ist und die meisten Beamten, insbesondere die Unterbeamten in eine Notlage geraten sind, so hat die Regierung die Pflicht, die Verhandlungen zu beschleunigen. Hoffentlich dauern sie nicht wieder Monate.

Höhere Postgebühren?

Wie eine bürgerliche Korrespondenz erfahren hat, ist am Donnerstag der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium zusammengetreten, um im Verein mit den zuständigen Referenten über die bevorstehenden Erhöhungen der Postgebühren zu beraten, die durch die letzte Erhöhung der Gehälter und Löhne für die Postbeamten und Arbeiter notwendig geworden sind.

Das ist die Schraube ohne Ende. Immer wieder Preis-erhöhungen, weil die Grundlagen der Wirtschaft längst un- haltbar geworden sind.

Das B.D. macht noch Angaben über die neuen Portotafeln, über die natürlich der Reichstag zu beschließen hat. Der neue Tarif soll auch einige Ermäßigungen bringen. Die Gebühr des Briefes der untersten Stufe (bis 20 Gr.) soll im Ortsverkehr von 1,25 M. auf 1 M. herabgesetzt werden. Auch die Gebühr für Pakete von 15—20 Kilogramm in der Nation wird von 30 M. auf 25 M. ermäßigt. Unverändert bleiben die Gebühren für Postarten im Ortsverkehr, für Briefe im Ortsverkehr von 20—100 Gramm, für Drucksachenkarten, für Drucksachen bis 20 Gramm, für Ansichtskarten mit 5 Grußworten, für Pakete von 10 bis 15 Kilogramm in der Nation, für Reittourpakete bis 5 Kilogramm in der Nation. Von einer Verteuerung der Einschreibung, Versicherungen und Tilgung wird abgesehen.

Erhöht werden folgende Gebühren: für die Postkarte im Fernverkehr auf 2 M., für den Brief im Ortsverkehr von 100—250 Gramm auf 3 M., für den Brief im Fernverkehr bis 20 Gramm auf 3 M., über 20—100 auf 4 M., über 100—250 Gramm auf 5 M., für Drucksachen über 20—50 Gramm auf 75 Pf., über 50—100 Gramm auf 1,50 M., über 100—250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M.; für Gesellschapsbriefe bis 250 Gramm auf 3 M., über 250 bis 500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M.; für Warenproben bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M.; für Milchbündeln bis 250 Gramm auf 3 M., über 250—500 Gramm auf 4 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 M.; für Pakete bis 1 Kilogramm auf 6 M. Als Gebührensätze für Pakete sind vorgesehene: für Pakete in der Nation bis 5 Kilogramm 7 M., über 5—10 Kilogramm 14 M., über 10—15 Kilogramm unverändert 20 M., über 15 bis 20 Kilogramm 25 M. (anhaft 30 M.); für Pakete in der Fernzone bis 5 Kilogramm 14 M., über 5—10 Kilogramm 28 M., über 10—15 Kilogramm 40 M., über 15—20 Kilogramm 50 M.

Das Verhältnis zwischen der Gebühr für den einfachen Auslandsbrief und der für den einfachen Auslandsbrief wird nach wie vor 1:2 betragen. Der einfache Auslandsbrief bis 20 Gramm wird also künftig 6 M. kosten. Die geschlossenen Postschlüsselgebühren werden auch geändert. Die geschlossenen Telegrammgebühren sollen bei gewöhnlichen Telegrammen auf alle Entfernungen 1,50 M. für jedes Wort, mindestens 15 M. betragen, im Ortsverkehr jedoch 1 M. für jedes Wort mindestens 10 M., bei Ferntelegrammen wie bisher die Hälfte dieser Gebühren. Die Fernpostgebühren im Ortsverkehr werden um 10 Pf. ermäßigt, sie sollen betragen bei Postkarten 4 M., bei Briefen 5 M.; im Fernverkehr bei Postkarten 8 M., bei Briefen 7 M. Die in den §§ 3, 4 und 8 des Fernpostgebührengesetzes bestimmten Gebührensätze sollen um 100 v. D. statt wie bisher 80 v. D. erhöht werden.

Die Unterkommissionen Eisenbahnverkehr

In der zweiten Sitzung der Unterkommission für den Eisenbahnverkehr erklärten sich alle Unterzeichner des Vertrages von Porto Rose zur Ratifikation bereit, wenn das Abkommen nach eingehender Prüfung aller Einzelfragen auf der Genuaer Konferenz als allgemeines Abkommen der vertretenen europäischen Mächte vereinbart werden sollte.

Zu dem Abkommen von Barcelona wurde ein Resolutionsentwurf der einladenden Mächte besprochen, der im allgemeinen Zustimmung fand. Namens der deutschen Regierung empfahl Staatssekretär Stieker die Schaffung einer dauernden Vereinigung der Verwaltungen, deren Organ gegenüber allen beteiligten Unternehmen und für alle in Betracht kommenden Gegenstände auf Antrag der Beteiligten oder aus eigenem Antrieb anregend und vermittelnd, vielleicht auch anordnend einzugreifen hätte.

Es wurde eine Unterkommission eingesetzt, die sich mit den aus der schwankenden Währung ergebenden Schwierigkeiten für den Eisenbahnverkehr befassen soll.

Währung und Wechselkurs

In der Sitzung der Unterkommission der Finanzkommission für Währungsfragen und Wechselkurse wurde eine Reihe von Anträgen der dänischen Kommission angenommen. Von belgischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Empfehlung der Deflation durch den Sachverständigenausschuß für einen gewissen Kreis von Ländern Bedenken begegne, da sie unter Umständen zu einer Erschütterung des Kredits führen könne. Dies gelte namentlich in den Ländern, die sich in ihrer Währung nicht allzu weit von der Goldparität entfernt hätten und damit rechnen könnten, die Währung alsbald wiederherzustellen.

Es wurde weiter festgestellt, daß die Konferenz der Zentralbanken von jedem Regierungsantrag frei sein müsse; es würde ihr frei, Vertreter der Regierungen zuzulassen, wenn sie es für notwendig hielte.

Die deutschen Anträge, die die Behandlung der Kapitalflucht andertreten, wurden darauf im Sinne des Sachverständigenausschusses erledigt. Demgegenüber wurde es für zweckmäßig erachtet, die Prüfung der Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Kapitalflucht mit der Frage der Doppelbesteuerung zu verbinden, die zurzeit von einer besonderen Kommission Sachverständiger des Völkerbundes behandelt würde. Daraus wurde die Frage des Wechselkurses gleichfalls im Anschluß an das vorliegende Gutachten der Sachverständigenkommission erörtert, dem grundsätzlich von allen Beteiligten beigegeben wird.

Der Bürgerkrieg in Irland

M. London, 20. April.

Nach Telegrammen aus Dublin hatten 300 republikanische Rebellen der Division de Valera nach wie vor den Justizpalast besetzt. Alle Morgen verläßt ein Kommando der Reiterer das Gebäude und rekonstruiert auf dem Markte alle Waren, die sie benötigen. Im Hofe des Justizpalastes sind zahllose, von den Reiterern geraubte Automobile aufgefahren. Ferner haben sie ein Gefängnis in einer Vorstadt von Dublin besetzt, wobei es zu einem Feuergefecht mit der Polizei kam. Auch eine Kaserne ist von ihnen beschossen worden.

Der „entgegenkommende“ Finanzminister

In einem Schreiben an den Hansabund äußert sich der Reichsfinanzminister zur Frage der Einkommensteuer-Stundung folgendermaßen:

Bei der Entscheidung über die Stundungsgesuche haben die Finanzämter einerseits zu berücksichtigen, daß die Steuerpflichtigen im allgemeinen fast zwei Jahre lang nur verhältnismäßig geringe Steuern bezahlt haben und daß die Steuern von einem in besserem Gelde erzielten Einkommen mit einem inzwischen weiter entwerteten Gelde bezahlt wird. Auch wird im Einzelfalle zu prüfen sein, ob der Steuerpflichtige in der Lage war, sich die erforderliche Summe für die Entrichtung der Steuer zurückzulegen. Andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß der gesamte Steuerbetrag, soweit er die bisher entrichtete vorläufige Steuer übersteigt und außerdem der größte Teil der vorläufigen Einkommensteuer für 1921 innerhalb kurzer Frist entrichtet werden muß und die sofortige Einziehung dieser Beträge mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden sein kann. Eine solche Härte wird in der Regel dann anzunehmen sein, wenn Steuerbeträge in einer Höhe festgesetzt sind, mit der die Steuerpflichtigen nicht rechnen haben, also namentlich dann, wenn bei der Veranlagung über das in der Steuererklärung angegebene Einkommen hinausgegangen ist. Die Finanzämter sind ermächtigt, sofern Härten vorliegen, unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte Stundung zu gewähren oder Entrichtung in angemessenen Teilzahlungen zu gestatten.

Mit diesen Ausführungen ist der Hansabund unzufrieden; er meint, den Gewerbetreibenden komme der Finanzminister damit nicht weit genug entgegen. — Nun, wenn die Erklärung des Ministers schon den großen Herren von Industrie, Handel und Gewerbe auf die Nerven fällt, was sollen erst die Arbeiter, die kleinen Beamten und Angestellten dazu sagen? Wer hundert diesen vom Lohnprozent-Abzug auch nur einen Pfennig? Und von ihnen kann doch gewiß kein sinniger Mensch behaupten, daß sie die letzten zwei Jahre „verhältnismäßig geringe Steuern“ bezahlt hätten. Auf sie trifft auch nicht zu, daß ihr Einkommen in „besserem“ Gelde erzielt, ihre Steuer aber in minderwertiger Valuta bezahlt ist, denn der Angestellte, der Festbesoldete zahlt seine Steuer laßmonatlich, der kleinste Beamte viermal jährlich im Voraus, und der Arbeiter jede Woche! Und daß Arbeiter nicht erst seit gestern und heute unmöglich daran denken können, etwas auf die hohe Kante zu legen, darüber dürfte auch das Finanzministerium wohl keinen Zweifel haben.

Blutige Tränen gar vergießt der Minister, wenn er an die „Härten“ denkt, welche angeblich eine „sofortige“ Einziehung jener Steuern mit sich bringt, die dem Reiche nun schon zwei Jahre und länger von allerlei Groß- und Größtverdienern geschuldet sind. Und da soll Rücksicht geübt werden, zumal wenn den Veranlagungs-Kemtern die Angaben des Herrn Steuerpflichtigen so verdächtig erschienen, daß sie ihn über seine Steuer-Erklärung hinaus veranlagten zu müssen meinten. Eine merkwürdige Steuermoral, eine eigenartige Großmut an falscher Stelle. Teilzahlung den Reichen und Großverdienern, Voraus-Steuern von den Armen und Kerkern, von den Proletariern.

Wenn der Minister seine eigenen Erklärungen konsequent durchdenkt, möchte er schließlich anordnen, daß den Arbeitern und sonstigen Lohnprozent-Bählern zurückgezahlt wird, was sie seit Einführung der neuen Steuer-Versetzgebung zu viel entrichtet haben, da ihnen gegenüber bisher jede, aber auch die allergeringste Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage außer acht gelassen worden ist.

Stadtverordnetensitzung

Donnerstag, 20. April.

Die gestrige ordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetensammlung eröffnete der Vorsitzende-Stellvertreter Dr. Meier mit einem ehrenden Nachruf für den verstorbenen früheren Stadtrat von Osselt.

Eine vom Magistrat an die einzelnen Stadtverordneten durch Gilbrief gesandte Dringlichkeitsvorlage, die, wie wir bereits in der gestrigen Abendausgabe berichteten, die Annahme des Schiedspruches für die städtischen Arbeiter zwar empfiehlt, die Zustimmung zum Schiedspruch jedoch mit der Anerkennung einer wesentlichen Erhöhung sämtlicher Werkstarife verknüpft, löste eine längere Geschäftsordnungsdebatte aus.

Genosse Dr. Wehl wandte sich gegen die Anerkennung der Vorlage als Tagesordnungspunkt, da der § 10 der Geschäftsordnung verleiht und die Verlesung der Vorlage durch den Magistrat einen Einspruch in die Höhe der Versammlung und in die Befugnisse des Vorsitzers bedeuete.

Denselben Standpunkt vertrat der Sprecher der Kommunisten. Mit Rücksicht auf die Demonstration im Lustgarten, die die Vertreter der Linken festhalte, beschloß die Versammlung über die Dringlichkeit der Vorlage erst um 6 Uhr abstimmen zu lassen.

Es wurde alsdann in die dritte Lesung der Gewerbesteuerordnung eingetreten. Nach kurzer Aussprache wurde die Weiterberatung der Vorlage vertagt.

Gegen die Stimmen unserer Fraktion und der der Kommunisten lehnte die Versammlung nunmehr den Einspruch unseres Genossen Dr. Wehl über die Beratung der Dringlichkeitsvorlage des Magistrats ab.

Genosse Dr. Wehl ergriff nunmehr das Wort, um sich gegen die Dringlichkeit der Vorlage über die Erhöhung der Werkstarife zu wenden. Unter anderem führte er aus: Die Fraktion der USV. hält die Verquickung der Anerkennung des Schiedspruches mit der Deduktionsrate für verwerflich. Wir erheben Einspruch gegen die Dringlichkeit der Erhöhung der Werkstarife, denn die Bürgerchaft würde es nicht verstehen, wenn wir ohne gründliche Prüfung der Vorlage über diese erweisen würden. Außerdem hätten die Fraktionen keine Mäßigkeit zur Vorlage Stellung zu nehmen. Die Verquickung des Schiedspruches mit der Steigerung der Werkstarife betrachten wir als eine Erpressung seitens des Magistrats. In der Dringlichkeit wurde darauf hingewiesen, daß der Magistrat eine Politik des Irrsinns treibe. Das können wir nicht mitmachen. Gleichzeitig mit der Erhöhung des Straßendanktarifes auf 8 M. wurde die Herausgabe von Sammellarten beschlossen. Der Magistrat erhöhte wohl die Straßendanktarifpreise, gab aber keine Sammellarten heraus. Im Interesse der Berliner Bevölkerung bitten wir, die Frage der Dringlichkeit der Erhöhung der Werkstarife zu verneinen.

Dr. Vohmann von der SPD. sprach sich für die Dringlichkeit der Vorlage aus. Gegen die Stimmen der USV. und SPD. wurde die Dringlichkeit der Vorlage anerkannt.

Darauf wurde ein Antrag, einen gemeinsamen Antrag der Linksparteien betreffend die Feier des 1. Mai in den städtischen Betrieben sofort zur Erörterung zu stellen, mit 97 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Bei der Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Guts- und Forstarbeiter ab 1. Februar empfand der deutschnationale Dr. Steiniger die Bezüge der Gutsarbeiter als viel zu hoch. Genosse Detmer trat ihm in aller Schärfe entgegen und warnte vor einer Ablehnung der Vorlage unter dem Hinweis auf die Tatsache, daß die besten Kräfte der mikrobiellen Entschonung wegen den städtischen Gärtnern bereits den Rücken kehren.

Nach Ablehnung eines Antrages auf Ausdehnung der Vorlage wurde die Vorlage in namentlicher Abstimmung angenommen.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag auf Nachprüfung der Berechnung der Dienstwohnungen und Depulie.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen beauftragte Schumacher namentliche Abstimmung über sofortige Beratung des Antrages betreffend

Feier des 1. Mai in den städtischen Betrieben. Mit 94 sozialistischen gegen 93 bürgerlichen Stimmen wurde die sofortige Beratung beschlossen.

Genosse Rabeil begründete den Antrag, der die Feier des 1. Mai für die städtischen Betriebe fordert. Bedinglich Kostensarbeiten sollen verrichtet werden. Unser Fraktionsredner schilderte die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterschaft. Er wies darauf hin, daß auch die städtischen Arbeiter diesen Tag als ihren Tag fordern. Er warnte nachdrücklich den Magistrat vor neuen Maßnahmen gegen die städtischen Arbeiter wegen der Feier des 1. Mai. Würde der Antrag abgelehnt, dann würde sich die städtische Arbeiterschaft diesen Tag nehmen.

Der Deutschnationale Lüdike lehnte den Antrag ab, denn die Arbeiterschaft wolle von der Feier des 1. Mai in seiner Mehrheit nichts wissen. Genosse Ulrich trat ihm entgegen und zog drei Ordnungsrufe zu, die Wortentziehung nach sich zogen.

Ruppelkunge lehnte die Feier des 1. Mai ab und ließ eine seiner bekannten Antimilitaristen vom Stapel.

Die Bürgerlichen, die in der Minderheit waren, wollten nunmehr eine Annahme des Antrages unter allen Umständen verhindern und nahmen einen Zwischenruf Ulrich zum willkommenen Anlaß, die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Sie beantragten namentliche Abstimmung und verließen den Saal.

Da nur 90 Stadtverordnete bei der Abstimmung anwesend waren, wurde die Versammlung, da beschlußunfähig, gegen 10 Uhr geschlossen. Die Bürgerlichen haben also erreicht, daß der Antrag, betr. Feier des 1. Mai nicht angenommen wurde. Aber auch die dringliche Vorlage des Magistrats, betr. Zustimmung zum Schiedspruch für die städtischen Arbeiter konnte nicht mehr erledigt werden.

Bernau—Lanke—Nehdorf

Zu unserer heutigen Wanderung bringt uns der Borortzug vom Steintiner Bahnhof der Bahnstrecke Gesundbrunnen nach Bernau, der alten märkischen Hustenstadt, die, von den Wenden gegründet, einst schwere Kämpfe mit dem Raubrittergeschlecht derer von Dülhgow und den plündernden Hussiten zu bestehen hatte. Noch jetzt wird alljährlich am Montag vor Himmelfahrt der Sieg über die Hussiten gefeiert.

Vom Bahnhof aus wenden wir uns über den Marktplatz mit dem einfachen Rathaus, dafür aber imposanteren Kirche zum Rühlentor an der Landstraße nach Wandlitz. Nicht hinter dem Rühlentor zweigt ein Weg ab, der über den Kollberg nach Padeburg führt. Am Nordausgange des Dorfes schlagen wir einen halbwegs abzuwendenden Fahrweg ein, der anfänglich über Felder, dann durch immer schöner werdenden Wald zum Meechsee und dann zum Hellesee mit der Helle-Mühle läuft (1 1/2—2 Std.). Der Hellesee, der zu den schönsten Seen der Mark Brandenburg gehören dürfte, ist ein schmaler, etwa 2 Kilometer langer See. Von der Promenade, die um den See herumführt, hat man wechsellnde und sehr hübsche Fernblicke in die Wälder, Wiesen und Felder. Nach Ueberschreitung der den See etwa in seiner Hälfte überspannenden Brücke wandern wir nach dem herrlich in einer Talmulde gelegenen Lanke mit seinen alten behäbigen Bauernhäusern (1/2 Stunde).

In westlicher Richtung bringt uns dann ein halbstündiger Fußmarsch am Obersee entlang nach dem Weiler Nehdorf, an der Nordostspitze des herrlichen Liepnitz-Sees gelegen. Wir wandern eine kurze Strecke am Ostufer des Sees entlang bis zu der Waldschneise „Prinzen-Gestell“. Der prächtige Buchenwald mit seinem ersten zarten Grün in hügeligem Gelände erstreckt sich naturliebenden Wanderer. Die Waldschneise „Prinzen-Gestell“, scharf links vom See abbiegend, bringt uns nach etwa 1/2 Stunden zur Chauffee Lanke—Bernau. Die Chauffee beschreitend, erreicht man nach 10 Minuten das Forsthaus Woltersdorf und nach etwa 2 1/2 Stunden kommt man über Padeburg wieder zu dem mit hübschen Promenaden umgebenen Bernau zurück.

Kartenmaterial: Wanderkarte 1:75 000 Liepnitz—Bernau—Brandenburg; Buchhandlung „Freiheit“, Weiße Straße 8/9.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Erstmalig autorisierte Übersetzung von August Scholl. Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(52. Fortsetzung.)

„Woran denkst du eigentlich?“ fragt ihn seine Frau. „An nichts,“ antwortet er und geht wieder an seine Arbeit.

Ich höre schweigend zu und muß mich wundern: Kann man überhaupt jemanden fragen, woran er denkt? Es gibt keine Antwort auf diese Frage: Man denkt zur selben Zeit an gar vielerlei, an alles, was man vor Augen hat, an das, was diese Augen gestern und vor einem Jahre gesehen haben — alles das läuft wir und unfassbar durcheinander, ist in stetiger Bewegung und Wallung.

Das Feuilleton des „Moskauer Blättchens“ reichte nicht für den ganzen Abend, und ich schlug vor, man solle doch die Journale lesen, die unterm Bett im Schlafzimmer lagen.

„Dort sind doch nur Bilder — was soll man denn da lesen?“ meinte die junge Frau ungläubig.

Es stellte sich heraus, daß die Hefte unter dem Bett neben vielem andern auch einen Roman des Grafen Stalkias mit dem Titel „Graf Tjatin-Baltisskij“ enthielten, und den begann ich nun vorzulesen. Der trottelhafte Held des Romans gefiel meinem Lehrherrn ganz besonders, er wollte sich tollachen über seine kläglichen Abenteuer und rief immer wieder:

„Nein, ist das spaßig, ist das amüsant!“

„Dummes Geschwätz ist's,“ sagte die junge Frau, um zu zeigen, daß sie gleichfalls ihre Meinung hatte.

Die Literatur, die ich unter dem Bett hervorgezogen hatte, hatte, leistete mir einen guten Dienst; ich setzte es durch, daß ich die Bände in die Küche nehmen durfte, und so erhielt ich Gelegenheit, auch während der Nacht zu lesen. Die Alte war damals gerade in die Kinderstube übergesiedelt, da die Kinderfrau sich dem Trunk ergeben hatte und hinausgeworfen worden war. Viktorchen war mir nicht im Wege — sobald alles im

Hause schlief, zog er sich heimlich an und verschwand für die ganze Nacht. Das Licht wurde mit hinausgenommen, und Geld, um mir selbst welches zu kaufen, hatte ich nicht. So sammelte ich denn heimlich die Talgreste von den Leuchtern in eine Sardinienbüchse, goß Öl aus der heiligen Lampe hinzu, stellte aus Zwiirnsäden einen Docht her und las bei dieser absichtlich qualmenden Beleuchtung, solange Tag und Del reichten. Jedesmal, wenn ich die Seiten des großen Bandes umschlug, schwankte und zitterte die rötliche Flamme meiner selbstgefertigten Lampe. Immer wieder versank der Docht in dem überfließenden Gemisch, aus dem ich ihn herausfischen mußte, und der Rauch biß und zwickte mich in die Augen, doch für alle diese Unbequemlichkeiten hielt mich der Genuß schadlos, den mir die Illustrationen der Journale und die ihnen beigegebenen Texte bereiteten. Immer weiter und weiter enthüllten sie das Erdenrund vor meinen Blicken, führten mir märchenhafte Städte, hohe Berge, prächtige Meeresgestade vor Augen. Das Leben weitete sich lockend vor mir, die Erde wurde anziehender, belebter und bunter. Wenn ich jetzt über die Wolga in die Weite blicke, wußte ich, daß dort die Welt nicht mit Brettern vernagelt war. Früher hatte ich nur diese flachen Wiesen, den fernen, dunklen Wald dahinter und den kalten, von leichten Nebeln umflossenen Himmel darüber gesehen — das war so einsam und öde, stimmte das Herz traurig, tötete jeden Wunsch, jeden Gedanken. So verheißungslos war sie, diese Leere, die alles, was an Leben in dem jungen Herzen war, aus ihm herauszog.

Die Journale erzählten auch mancherlei aus Vergangenheit und Gegenwart, das mir ernstlich zu denken gab. Fremdartige Ausdrücke beunruhigten mich — was bedeuteten die Wörter „Metaphysik“, „Chiliasmus“, „Charistik“? Wie ein Splitter im Finger sah manchmal solch ein Wort tagelang im Gehirn und störte alles ruhige Denken. Einmal hatten es mir die Hunnen angetan, die ich in meinem Gedächtnis erwähnt fand. Wer oder was sind diese Hunnen? Ich fragte meinen Lehrherrn nach ihnen, doch er wußte keine Antwort. Ich hielt den im Hause wohnenden Regi-

mentsgeistlichen, einen blassen, kränklichen Menschen mit roten Augen und sandgelbem kleinem Bärtchen, auf dem Hofe an und bat ihn um Auskunft.

„Was gehen dich die Hunnen an — he?“ fuhr er mich barsch an.

Der Leutnant Nesterow, den ich gleichfalls fragte, rief die Augen weit auf und naskelte nur: „Wa—aa?“

Endlich entschloß ich mich, in der Apotheke nachzufragen. Der Provisor, Paul Goldberg, ein freundlicher Mensch mit einer goldenen Brille auf der großen Nase, erklärte mir, die Hunnen seien ein ausgestorbenes Nomadenvolk, in der Art wie die Kirgisen. Ich war enttäuscht — ich hatte von den Hunnen mehr erwartet. Immerhin verdankte ich ihnen die nähere Bekanntschaft des Provisors, den ich fortan jedesmal, wenn ich Magnesia für die an Sodbrennen leidenden Wirtskente oder ein Abführmittel für die Kinderchen holte, in meine sprachlichen Sorgen einweihete. Er wußte alles, belehrte mich gern und trug sein gut Teil dazu bei, daß meine Beziehungen zu den Büchern immer enger und inniger wurden. Es ging mir mit ihnen nun schon wie dem Trinker mit dem Brautwein — ich konnte ohne sie nicht mehr leben. Ich erfas aus ihnen immer deutlicher, daß da draußen in der Welt ein anderes Leben pulsierte als um mich herum, daß es dort Menschen gab, die großer Taten fähig waren, wie ich sie den Leuten meiner Umgebung nicht zutraute. Nein, ich wollte nicht ewig in dieser Umgebung bleiben, um keinen Preis der Welt...

Die Fastenzeit kam, und man sagte mir, in diesen frommen Wochen, während deren es nur Sauerkraut, Salzgurken, Hafermehlbrot und Kartoffeln mit abscheulichem Beindl zu essen gab, sei auch das Bücherlesen verboten. Man nahm mir die großen illustrierten Bände wieder fort — es war für mich ein bitteres Fasten. Hatte ich vorher rasch und flott gearbeitet, um recht bald zum Lesen zu kommen, so wurde ich nun träg und vergeßlich, und es gab so manchmal herbe Auseinandersetzungen zwischen mir und meinen Leuten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wohnungsbaubgabe ist fällig

Schon wieder müssen die Mieter einen Zuschlag zahlen, der aber diesmal erfreulicherweise der Allgemeinheit zugute kommen soll. Auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1921 zur Förderung des Wohnungsbaues und der preussischen Verordnung vom 21. November 1921 haben die Katasterämter die Hausbesitzer zur Abgabe von 5 Prozent des Nutzungswertes der vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig gewordenen Gebäude veranlaßt. Die Einschätzung erfolgt durch die Gemeinde in der Weise, daß die Hausbesitzer verpflichtet werden, in einer besonderen Formularliste den veranlagten Sollbetrag auf die einzelnen Mieter nach Maßgabe der Grundmiete zu verteilen. Sobald alle Mieter eines Hauses die Verteilung als richtig anerkannt haben, ist sofort mit der Einschätzung zu beginnen. Verteilung und Einschätzung sollen durch den Hauswirt, nicht durch die Mietervertretung, binnen 14 Tagen durchgeführt sein. Sobald nur ein Mieter die Anerkennung verweigert, ist die Einschätzung für sämtliche Mieter zu unterlassen. Die Verteilung wird dann amtlich durch das Katasteramt festgesetzt. Die Gemeinden erhalten für ihre Mitwirkung sechs Prozent der abgabefertigen Abgaben als Verwaltungskosten. Die Hauswirte sind stark verärgert, daß nicht auch ihnen ein Prozentsatz zugewilligt ist, werden sich aber trotzdem der ihnen gesetzlich auferlegten Verpflichtung wohl nicht entziehen.

Das Ende der städtischen Darlehnskasse

Die im Kriege mit einem Kapital von zwei Millionen gegründete städtische Darlehnskasse, aus der den städtischen Beamten, Kugelfedern, Lehrern und Arbeitern Darlehen gewährt wurden, soll jetzt geschlossen werden. Sie hat ihren Zweck erfüllt und wird infolge der veränderten Umstände kaum noch in Anspruch genommen. Gegenwärtig sind noch 1272 Darlehensnehmer mit 1,9 Millionen Mark vorhanden. Im letzten Vierteljahr sind aber nur 60 000 Mark an 17 Darlehensnehmer ausbezahlt worden. Dieser geringen Verwendung stehen sehr erhebliche Verwaltungskosten gegenüber, so daß schon aus diesem Grunde die Schließung der Darlehenskasse erforderlich ist. In Fällen der Not sollen den städtischen Arbeitnehmern auf Antrag Unterstützungen gewährt werden. Die Schließung der städtischen Darlehnskasse ist von so unbedeutender Art, als die städtischen Beamten- und Arbeitervereine zum Teil selbst Darlehenskassen unterhalten, und als auch durch den Ausbau der Sparkasse die Möglichkeit gegeben ist, Personalkredit gegen hinreichende Sicherheit zu erhalten.

Eine fatale Geschichte

Hand da beim Herrn Reichswehrminister Dr. Heiser kürzlich ein Tee vom Vorkriegsstand des Reichswehrministeriums noch die Pflicht, die Tradition nicht nur in der ihm unterstellten republikanischen Armee sondern auch gesellschaftlich zu pflegen. Und so hatte auch, einem alten, schönen Brauch entsprechend, ein hoher Herr, „Exzellenz“ Behnke, das Protektorat übernommen. „Sie haben und trinken am Teetisch“ sagt Heinrich Heine, der Dichter. Man kann sich den Inhalt der Geschichte, die eine solche illustre Gesellschaft militärischen Schlages bei einem „republikanischen“ Minister führt, un schwer ausdenken. Aber der Böse schlägt nicht. Irgend ein räudiges Schaf mußte in der so anfänglichen, verdächtigsten und mit Generalkriegsreifen versehenen Gesellschaft vorhanden sein. Vielleicht unterhielt man sich gerade über die durch die böse Entente vermittelte Reorganisation unserer braven Armee, — da verhielt sich eine Dame ein solches Verfeinerungsmittel im Werte von 200 000 Mark. Ein schöne Blamose! Nun beschäftigt sich die Kriminalpolizei mit dem mysteriösen Verbleib der sündigen Filmaktörin im Interesse der Bevölkerung sicher dankenswerte Anzeigen verschaffen wird. Und erst durch die polizeiliche Untersuchung erfährt das Volk, das „immer freit“, und nie genug bekommen kann, daß auch hohe Herrschaften Haare lassen müssen, und sei es auch nur die ihres Geldes. Wie eine bürgerliche Korrespondenz berichtet, „soll als mutmaßliche Diebin eine Kunstmalerin in Betracht kommen. Die es wiederholt verstanden hat, sich auf Wohlhabendheitswegen einzuschleichen“. Dagegen Republik! Im Kaiserreich wäre das sicher nicht möglich gewesen — Wer lacht da?

Warum so unheimlich? Auf unsere unter derselben Heberschrift veröffentlichte Notiz über Mißstände beim Fleischverkauf für Winterbemittelte ist uns folgendes Schreiben des Nachrichtenamtes des Magistrates zugegangen: „Bezug der ungleichen Verteilung der Marktstellen auf die Berliner Bezirke und ferner wegen der ungleichen Verteilung dieser Stellen mit städtischen Verkaufsständen mühen jeder einzelne Bezirk im Interesse einer annähernd gleichmäßigen Verteilung des Fleisches an entlegene Marktstellen verwiesen werden. Das Ernährungsamt hat diesem zweifellosen Mißstand von Beginn an besondere Aufmerksamkeit angewandt und ist fortgesetzt mit Hilfe der Bezirke bemüht, Verkaufsstände in ärmlicheren Lagen neu einzurichten. Außerdem ist überaus beachtet, daß augenblickliche Verteilungsverhältnisse zu vereinfachen, soweit es die Möglichkeit auf der Ausrüstung der ordnungsmäßigen Marktstellenverteilung zutrifft. Diese Neuorganisation soll mit unmittelbarer Beschleunigung in Kraft treten.“

Naturwissenschaftliche Vorträge. Freitag, den 21. April, Beginn: Prof. Vogel einen Vortragsanstoß über das Thema: Das allgemeine Entwicklungsgesetz. Das Unterthema des ersten Abends lautet: Das Auslaufen der Entwicklungsvorgänge in Dauerformen. Die folgenden beiden Abende: Freitag, den 28. April und Freitag, den 5. Mai, haben zum Gegenstand: Der Mensch, ein sich entwickelndes Organismus, und Das Höhenziel der menschlichen Entwicklung. — Nach den Vorträgen Diskussion. Die Vortragsreihe wird vom Deutschen Montan- und Eisenwerkverband und findet in der Aula des Werner-Siemens-Realschulungsbereichs, Berlin-Schöneberg, Dohrenhaufenstraße 47-48, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Das frühere Vormundschaftsamt, jetzt Auswärtiges Amt, Abteilung 7 (Vormundschaft) — insbesondere Zentrale der Vormundschaftsamt, Adoptionsvermittlung, Formularverwaltung — wird am Dienstag, den 28. April von Sandbergerstraße 43-47 nach Burgstraße 8, 3. Stock, verlegt. Fernsprechanschlüsse künftig: Zentrum 15 101, Magistrat 186.

Schwerbeschädigte in den Groß-Berliner Betrieben. Die Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte ist bekannt, daß die nächste Besprechung mit den nach § 11 des Schwerbeschädigten-Gesetzes bestellten Vertrauensmännern in den Groß-Berliner Betrieben am Montag, den 24. April, abends 7 Uhr im Büroräum des Rathauses, Eingaang Kriegerstraße — Haupttribüne Eingaang Spandauer Straße — stattfindet. Nege Beteiligung ist erwünscht.

Proletarische Felerkünden. Die nächste Veranstaltung findet am Sonntag, dem 30. April, im Großen Schauspielhaus statt. Es wirken mit: das Blüthner-Orchester, Männerchöre und der Sprech-Chor für die Profe-

tarischen Felerkünden. Eintrittskarten zu 7,50 Mk. sind im Büro der Arbeiter-Volkshochschule, in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8/9, in den bekannten Verkaufsstellen und bei den Funktionären zu haben.

Das Jugendamt des Bezirksamts Wedding veranstaltet am 30. April d. Js. (Sonntag), abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der 8. Volkshochschule, Grünhofer Str. 3, einen „Festabend“. Vorgelesen werden Pieder von Mozart, Schubert und Volkslieder, Gesungen zur Laute; des ferneren Gedichte von Blüthner usw. Eintrittspreise: Kinder 2,— Mk., Erwachsene 5,— Mk. Der Reinertrag fließt der Jugend für Schülerwanderung zu. Eintrittskarten werden bis zum 29. April vom Bezirksamt Wedding, Abteilung Jugendpflege und Lebensfragen, Schönheitsstraße 1, der Bezirksfürsorgekasse, Nirechtler Str. 31, und an der Abendkasse ausgegeben.

Sozialistische Proletarierkünde Groß-Berlin, Gruppe Oken. Sonnabend veranstaltet die Sozialistische Proletarierkünde Gruppe Oken in der Schulanla der 19. Volkshochschule, Algaer Straße 8, ihre Schulentfaltungsfest. Das Programm besteht aus Musikvorträgen, Rezitationen, Ansprache, Pieder zur Laute usw. Alle Jugendlichen und die Parteigenossen sind zu dieser Feier herzlich eingeladen. Beginn pünktlich abends 7 Uhr.

Auf der Spur des Bilmersdorfer Mörder? Der rätselhafte Mord in der Sächsischen Straße ist noch immer nicht aufgeklärt. Eine in der Nähe des Tatories wohnende Frau hat jetzt Bekundungen gemacht, die einige Anhaltspunkte über die Person des mutmaßlichen Täters geben können. Sie beobachtete in der fraglichen Nacht von ihrem Zimmer aus eine Gruppe von vier Männern, von denen ihr einer den Rücken zuekehrte. Sie ist jedoch nur in der Lage, von dem einen eine Beschreibung zu geben, der ohne Mantel und nur mit einem langen Jackett bekleidet war. Dieser sah einem ihr vom Sehen bekannten Geigenpieler ähnlich, nur daß er ein Augenlas trug, und der in einem Lokal in der Pfalzburger Straße verkehrte. Nach ihren Bekundungen müssen die drei den Unbekannten, der eine arone Sportmütze trug, angezogen haben. Der vermeintliche Geigenpieler äußerte wiederholt: Ich habe einen Revolver und ich schiesse.“ Alle vier gingen schließlich der Richtung nach der Sächsischen Straße zu, in der um 4 Uhr der Ermordete aufgefunden wurde. Die Schüsse hat die Frau nicht gehört, da sie gleich darauf eingeschlafen ist. Die Kriminalpolizei hat diese Spur sofort auszunutzen.

Brandmord an der Waisenbrücke? Der neue Nordberichtsabteilung der Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit einem rätselhaften Vorgang, der sich in der vergangenen Nacht an der Waisenbrücke abspielte. Mehrere einmündige Jungen haben zur Anzeige gebracht, daß dort um 1/2 Uhr ein Mädchen von zwei Leuten über das Geländer hinweg in das Wasser geworfen worden sei. Die Täter seien eilhaft davonlaufen und in der Dunkelheit entkommen. Das Mädchen habe laut um Hilfe gerufen, sei dann aber gleich untergegangen und nicht wieder zum Vorschein gekommen. Zur weiteren Aufklärung ist dringend erwünscht, daß sich andere Augenzeugen dieses neuen Verbrechens im Zimmer 87/88 des Berliner Polizeipräsidiums (Hausanruf 418 und 407) melden. Insbesondere wird ein Dreifachlufser gesucht, der um die Zeit der Tat mit seinem Wagen über die Brücke gefahren ist. Es wurden sofort Maßnahmen getroffen, um nach der Verle des Mädchens zu suchen. Diese wurde jedoch bisher noch nicht gefunden.

An dem politischen Doppelmord erfahren wir, daß in Berlin eine ganze Reihe von Armeniern verhaftet wurden, ohne daß es gelungen wäre, die Täter ausfindig zu machen. Neuerdings sind auch Verhaftungen in Mittweida und Leipzig erfolgt. Ob diese dazu beitragen werden, das rätselhafte Dunkel, in das die Täter vergraben sind, zu lichten, bleibt abzuwarten.

Selbstmord oder Unglücksfall? Vor einigen Tagen wurde am Bahnhofsgegend in Friedrichshagen die Leiche einer etwa 30 bis 35 Jahre alten weiblichen Person aus dem Wasser gezogen, die etwa zehn Wochen im Wasser gelegen haben mochte. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß und unterlegt, hat rundes Gesicht, dunkelblondes Haar und vollständige Zähne. Der linke Schneidezahn im Oberkiefer steht etwas schief. Sie war bekleidet mit weißem Leinwandhemd, weißer Unterhose, blauen Trikothelmländern, weißem Wollentwurf-Unterrock, grünem Mantel, schwarzen Strümpfen, rosa Strümpfchen und schwarzen Seidenhandschuhen. Am linken Ringfinger trug sie ein goldener Ring mit einem Brillantstein im Werte von 2000 M. Ferner trug die Unbekannte ein goldenes Kettenarmband im Werte von 1000 M. und eine weiße Korallenkette. Verletzungen sind an der Leiche nicht zu bemerken. Ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Aufklärung.

Selbstmord und Selbstmordversuch. Gestern nachmittag wurde die 62 Jahre alte Frau Ida B. in ihrer Wohnung an Rotduser Damm tot aufgefunden. Die Unbekannte hatte sich mit Gas vergiftet. — Heute morgen verstarb die 30 Jahre alte Technikerin Heinrich von O. in seiner Wohnung in Mariendorf mit Gas. Er wurde noch lebend aufgefunden. Das Motiv konnte bisher nicht ermittelt werden.

Verloren hat auf dem Wege vom Abfahrbaukula Sonnenburg Straße nach seiner Wohnung ein Gefolge in Folge plötzlicher Unwohlsein sein Gebiß. Der ebrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung abzugeben bei Freil, Schönhauser Allee 72 a.

Gewerkschaftliches

Lohnkartell für die Gemeindebetriebe

Die Urabstimmung über den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums findet am Sonntag, den 22. April, Sonntag, den 29. April, Freitag, den 24. April in den Betrieben statt. Das Resultat der Urabstimmung muß bis spätestens Dienstag, den 25. April, mittags 1 Uhr, im Ortsbüro des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin, Johannistr. 14/15, abgelesen sein. Stimmzettel für die Urabstimmung sind am Freitag, den 21. April von mittags 1 Uhr ab dortselbst abzuholen. Das Lokalarieil.

Für die kämpfenden süddeutschen Metallarbeiter

Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Berlin, ersucht um Annahme folgenden Aufrufes, der zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter in Süddeutschland auffordert.

Kolleginnen und Kollegen der Metallindustrie!

Aus dem offiziellen Bericht des Reichsarbeitsministeriums über den Ausgang der Verhandlung mit der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallarbeiter über die Belohnung des Streiks in der Metallindustrie haben die Kollegen bereits durch die Tageszeitungen Kenntnis genommen. Die Verhandlungen in Heidelberg sind an dem unangenehmsten Verhalten

der Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer lehnten nicht nur jedes Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage ab, sondern erklärten darüber hinaus, daß sie es ablehnen, Vergleichsvorschläge von Seiten des Arbeitsministers entgegenzunehmen.

Das ist eine schroffe Abgabe und die erneute Heranziehung des reinen Machtkampfes. Die Unternehmer rechnen jetzt mit dem Hunger als Bundesgenossen zur Niederzwingung der Arbeiter und ihrer Organisationen. Im Laufe der nächsten Woche stimmen unsere streikenden Kollegen über das Diktat der Unternehmer ab. Die Ablehnung wird eine einheitliche und geschlossene sein. Selbst die Vertreter des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, die noch in der Frage der Arbeitszeit einen abweichenden Standpunkt einnehmen, haben in ihrer Funktorkonferenz in Heidelberg erklärt, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen ihren Mitgliedern nicht zur Annahme empfehlen können. Genau so wollen auch die übrigen Süddeutschen die Front halten.

Damit ist den Machtgelüsten der Unternehmer der ebenso entschlossene Kampfswille der Arbeiter zur Erreichung eines unerschütterlichen Friedens entgegengestellt. Es kann sein, daß nach der Abstimmung neue Verhandlungen stattfinden, es ist aber auch damit zu rechnen, daß der Kampf noch mehrere Wochen weiter geht. Deshalb muß in finanzieller Hinsicht das Aushalten geleistet werden, was nur immer möglich ist. Unsere Kollegen leiden Not, deshalb hat bereits der Vorstand die Erhebung von Extrabeiträgen angeordnet. Darüber hinaus haben die Kollegen in allen Teilen des Reiches eingesehen, daß die Notwendigkeit besteht, den Kollegen in Süddeutschland eine besondere Zuschuß-Unterstützung zuzuführen zu lassen, weil gerade in letzter Zeit eine weitere starke Verteuerung des Lebensunterhalts eingetreten ist.

Durchdrungen von dem Gefühl, daß dieser Kampf in Süddeutschland für die gesamte Industrie-Arbeiterkraft gesamtlich wird, appelliert der Vorstand an die Opferwilligkeit sämtlicher Verbandsmitglieder und auch der übrigen Arbeiterkraft. Die Berliner Verbandsleitung möchte sich diesen Appell dadurch zu eigen machen, daß sie die Herausgabe von Sammelmarken zu 5 und 10 Mark beschloß. Alle Kollegen werden aufgefordert, Sammelmarken im Verbandsbüro, Schalter 5, großer Saal, Part., durch die Vertrauensleute abholen zu lassen. Schalter 5 bleibt aus dem Grunde bis täglich 8 Uhr geöffnet. Die Marken sind nicht nur bei den Verbandsmitgliedern, sondern der Gesamtarbeiterschaft zu verbreiten.

Geld schnell und reichlich!

Die Lohnverhandlungen in der heimischen Industrie Berlins gescheitert.

Am 19. April wurden zwischen dem Arbeitgeberverband der heimischen Industrie und dem Verband der Fabrikarbeiter über die von Arbeitnehmern eingereichten Lohnforderungen Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber zeigten so geringes Entgegenkommen, daß die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen wurden. Der tariflich festgelegte Verhandlungsausschuss, der bis in die Nacht hinein tagte, kam gleichfalls zu keinem Resultat. Schon in den nächsten Tagen soll der angerufene Zentralverhandlungsausschuss einen Versuch machen.

U.S.P. Metallarbeiter. Sonnabend, den 22. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, Fraktionsversammlung sämtlicher Vertrauensmitglieder, Vertrauensleute und Generalsekretäre des U.S.P., sowie die auf dem Boden der U.S.P. stehen, in der Schulanla des Sophien-Parkums, Weinmeisterstraße 10/17. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zum Gewerkschaftskongress; 2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Generalversammlung. Das Erscheinen jedes U.S.P.-Funktionärs ist unbedingt Pflicht. Der Fraktionsvorsitzende.

Stuck- und Gippsbaubranche! Um in ständiger Fühlung mit den Betriebsvertretungen innerhalb der Stuck- und Gippsbaubranche zu bleiben, ist es unbedingt notwendig, daß alle Betriebsräte, Obleute und Bauleitende umgehend ihre Adresse im Verbandsbüro abgeben. Die Gemeldeten müssen, wenn ihre Funktion erlischt, sich sofort abmelden. — Die Sekretionsleitung.

Parteiveranstaltungen Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Diktate 4, 5 und 6 werden erlesen, heute Freitag, den 21. April, abends die Plakate zu der Versammlung in Moabit, die Diktate 2, 3, 7, 8, 9, 10, 11 und 13 für die Versammlung in den Germania-Sälen vom Verbandsbüro, Diktator 8/9, abzuholen. Für die Versammlung am Donnerstag in den Prachtgärten des Ostens können die Plakate erst am Sonntag abgeholt werden. Es kommen hierbei die Diktate 1, 2, 15, 16, 17 und 20 in Frage. Die Geschäftsleitung.

Sonnabend, den 22. April.

U.S.P.-Lehrervereinigung, 5 Uhr pünktlich „Freiheit“ Bibliothek, F. O. H. Siegfried: Das Fach- und Fortbildungsdienstverhältnis. — Elternbeiratswahlen.

Freitag, den 21. April.

Verbandsrat „Kriegsberg“. Beginn der Vorkonferenz für Kinder in der Lepton-Strasse, Eintritt 10. — Treffpunkt 2 Uhr Schillerplatz, Unfallstation. Kinder von 8 Jahren an können sich beteiligen. — Christentum, Kommunale Kommission, Sitzung im Rathaus, Zimmer 1, pünktlich 7 Uhr. Erscheinung aller Mitglieder notwendig. — Christentum, Kinder, welche sich zur Teilnahme am Festzug gemeldet haben, treffen sich um 4.30 Uhr bei Krentsch, Poststraße 10, 10. Keller Str.

Städt. U.S.P.-Genossen, welche Mitglied des Arbeiterjugendbundes sind, erscheinen heute, abends 7.30 Uhr, im Jugendheim, Aniehof, 10. Oberstr., zur Generalversammlung des Bezirks Arbeiterjugendbundes.

Wohnungsbau, Stabs und Land, Bildungs-Kommission, Sitzung abends 7 Uhr, bei Seidel, Kranzburgerstraße 47, alle Mitteilungen müssen rechtzeitig sein.

6. Ferienkassenbesitz, (Kriegsberg) Abends 8 Uhr, Fraktionsbesitzung im Zimmer 29 (Kriegsberg) des Bezirksamts, Poststraße 10.

11. Diktat. Heute einlesen zum Frauenleben am Montag, den 24. April, im Museum, Schönhauser Straße 28.

Sonnabend, den 22. April.

5. Verbandsrat, 18., 16. und 17. Diktat. Die Parteigenossen treffen sich am Sonnabend, den 22. d. Mts., in der Schulanla der 12. Volkshochschule, Algaerstraße 8, zur Beteiligung an der Schulentfaltungsfest der Sozialistischen Proletarierkünde, Beginn pünktlich abends 7 Uhr.

Vereinskalender

Freitag, den 21. April.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Arbeiterchöre, Arbeiterinnen, Aufseher und Kraftwagenfahrer aus den Weingroßhandlungen sowie Arbeiterbetriebe, Versammlung, abends 7 Uhr, Zentralstelle, Alie Jahnstr. 22.

Sonnabend, den 22. April.

10. Lehrervereinigung, Abends 7 Uhr, in der Schulanla, hinter der Germaniastraße, Geschäftsleitung.

Genossenschaft der Metallarbeiter und Gelber, Bezirksversammlung in Ottensberg, Abends 8.30 Uhr, bei Seidel, Ockenstraße, Köpckeallee, 10. Oberstr., im Rathaus, Zimmer 1, pünktlich 7 Uhr. Erscheinung aller Mitglieder notwendig.

Christentum, Kinder, welche sich zur Teilnahme am Festzug gemeldet haben, treffen sich um 4.30 Uhr bei Krentsch, Poststraße 10, 10. Keller Str.

Städt. U.S.P.-Genossen, welche Mitglied des Arbeiterjugendbundes sind, erscheinen heute, abends 7.30 Uhr, im Jugendheim, Aniehof, 10. Oberstr., zur Generalversammlung des Bezirks Arbeiterjugendbundes.

Wohnungsbau, Stabs und Land, Bildungs-Kommission, Sitzung abends 7 Uhr, bei Seidel, Kranzburgerstraße 47, alle Mitteilungen müssen rechtzeitig sein.